

Abschied in ein neues Leben

Ein Zuhause für ultra-orthodoxe Aussteiger

VON KOPFTÜCHERN UND SPRENGKÖPFEN

Der Iran am Scheideweg

UNERFÜLLTES INTERESSE

Die Queen und Israel





6

ULTRA-ORTHODOXE AUSSTEIGER

„Sei, wer du bist!“

9 MÜNCHEN 1972

Nach 50 Jahren am Ziel

10 MELDUNGEN

Lapid für „Zwei-Staaten-Lösung“

12 REGIERUNG BENNETT-LAPID

Gut gemeint

14 VERHANDLUNGEN UND MASSENPROTESTE

Quo vadis, Iran?



5

ZUM TOD VON ELISABETH II.

Die Queen und Israel



4

VERSTORBENER SOWJET-PRÄSIDENT

Gorbatschow und Israel

Jubiläumsgala in Basel: Herzog feiert Zionismus



An historischer Stätte: Herzog als Redner bei der Jubiläumsgala in Basel

Der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog hat den Zionismus für dessen Fähigkeit gewürdigt, das jüdische Volk zu einen. Er sprach am 29. August in Basel bei einer Gala zum 125. Jahrestag des Ersten Zionistischen Kongresses. Diese wurde

dort gefeiert, wo 1897 Theodor Herzl die Konferenz einberufen hatte: im Musiksaal des Stadtcasinos.

Herzog zitierte aus der dem Talmud zugrundeliegenden Textsammlung, der Mischna (Berachot 9,1): „Wenn jemand einen Ort sieht, an dem Israel Wunder geschehen sind, so spreche er: ‚Gepriesen sei Er, der unseren Vätern an diesem Orte Wunder erwiesen hat.‘“ Dazu sagte er: „Heute, 125 Jahre nach jenem prägenden Moment, als eine Handvoll Pionierdienst leistender, inspirierender Zionistenführer die menschliche und jüdische Geschichte hier in Basel, der Wiege des politischen Zionismus, für immer veränderten, stehe ich vor Ihnen als Präsident des Staates Israel.“ Er sei aus Jerusalem gekommen,

„der ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes, des Staates Israel, der Erfüllung der Träume und Gebete so vieler Generationen, eines wundersamen Vorbilds für die gesamte Welt“. Deshalb rezitierte er den Segensspruch.

Bei der Gala war die Schweizer Regierung durch den Bundesrat und ehemaligen Bundespräsidenten Guy Parmelin (SVP) vertreten. Dieser hob Gemeinsamkeiten zwischen den beiden kleinen Staaten Schweiz und Israel hervor. Bildung und Forschung spielten jeweils eine große Rolle. In den Bereichen Innovation und Start-ups seien beide Nationen erfolgreich, sagte er laut der Nachrichtenseite des Senders SRF. |

Elisabeth Hausen

IMPRESSUM

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00 | Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen (Redaktionsleitung), Daniel Frick, Johannes Schwarz, Carmen Shamsianpur **Büro Jerusalem** mh

Titelfoto Ein ultra-orthodoxer Israeli geht an einem stürmischen Wintertag über eine Brücke am Hafen von Tel Aviv; Quelle: flash90 |

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. September 2022

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Reizthema „Zwei-Staaten-Lösung“ sorgt immer wieder für Schlagzeilen. Besonders dann, wenn es ein israelischer Regierungschef auf die Tagesordnung setzt. Übergangs-Premier Jair Lapid hat sich für seinen Vorstoß die denkbar größte Bühne ausgesucht: Bei seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung sprach sich Lapid für die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates aus. „Trotz aller Hindernisse unterstützt bis heute eine große Mehrheit der Israelis eine Zwei-Staaten-Lösung. Ich bin einer von ihnen“, sagte Lapid am 22. September in New York. Auch wenn fast zeitgleich eine Umfrage des Israelischen Demokratie-Instituts einen entgegengesetzten Meinungstrend feststellte (nur 36 Prozent Zustimmung), gab sich Lapid in New York zuversichtlich: „Wir haben nur eine Bedingung: Dass ein zukünftiger palästinensischer Staat ein friedlicher sein wird.“

Ist die Zeit nicht endlich reif? Trotz Dauer-Bedrohung, Kriegen und Krisen hat Israel vorbildliche Aufbauarbeit geleistet. Gelungen ist auch die Integration von Millionen Menschen. Lapid bekräftigt jedenfalls, sein Volk habe gelernt, „nicht beim Schmerz der Vergangenheit zu verweilen“, sondern sich „auf die Hoffnung der Zukunft zu konzentrieren“. Ökonomen sagen: Ein Ende der Konfrontation und neue Wege der Kooperation könnten eine echte Friedens-Dividende bringen – für alle. Kritiker sagen, Lapid habe das UN-Podium als Wahlkampf Bühne genutzt: Am 1. November müssen die Israelis zum fünften Mal innerhalb von dreieinhalb Jahren eine Regierung wählen.

Tiefer blickende Analysten sind da ohnehin nüchterner: Die „Zwei-Staaten-Lösung“ sei die nahost-politische Lieblingsmatrix

der Europäer. Sie habe aber wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Palästinenser wie Israelis würden „andere Prioritäten“ verfolgen.

Tatsache ist, dass aus Sicht von Militärstrategen in Israel der Iran als größte Herausforderung gesehen wird: Das vom Mullah-Regime in Teheran gegen Israel gerichtete Atomprogramm ist nicht ausgesetzt. Die zuletzt unterbrochenen internationalen Verhandlungen haben keine Kurskorrektur bewirkt. Unklar ist, wie es weitergeht: Denn nach dem gewaltsamen Tod der jungen Frau Mahsa Amini, die im iranischen „Sittengewahrsam“ ums Leben kam, erlebt das Land derzeit die schlimmsten Unruhen seit dreizehn Jahren (siehe Seite 14).

Nach Jahrzehnten der enttäuschten Friedenshoffnungen und politischen Neuanfänge macht sich bei vielen Israelis seelische Erschöpfung breit. Doch ihnen gilt noch heute die wundervolle Zusage, die der ewige Gott Israels schon ihren Vorfahren um 600 vor Christus durch den Propheten Jeremia ausrichten ließ: „Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe Zukunft und Hoffnung“ (Jeremia 29,11).

Herzlich grüßt Sie,

Christoph Irion
Christoph Irion



WISSENSWERT



Erstmals gibt es mehr als 7 Millionen israelische Juden. Das teilte das Zentrale Statistikamt anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes Rosch HaSchanah Ende September mit. Insgesamt haben knapp 9,6 Millionen Menschen die israelische Staatsbürgerschaft. Damit machen Juden 74 Prozent der Bevölkerung aus.

VERSTORBENER SOWJET-PRÄSIDENT

Gorbatschow und Israel

Im Alter von 91 Jahren ist der letzte Staatspräsident der Sowjetunion verstorben. In Israel wird er für seine Politik gewürdigt, die Juden ermöglichte, ihren Glauben zu leben – und schließlich zu einer Masseneinwanderung nach Israel führte.

Mirjam Holmer

Mikhail Gorbatschow ist gestorben. Drei Millionen Sowjet-Juden verdanken ihm ihre Freiheit“, twitterte Rabbiner Pinchas Goldschmidt am 30. August. Damit fasst der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz zusammen, was viele Israelis mit Gorbatschow verbinden: Durch seine Politik von „Glasnost und Perestroika“, von Offenheit und Umbau, ermöglichte der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) nicht nur die Öffnung der Grenzen, das Ende des Kalten Krieges und letztlich die Deutsche Einheit – sondern auch eine Massenauswanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.

Infolge der Öffnungspolitik von Gorbatschow wanderten zwischen 1989 und 1999 knapp 800.000 Sowjet-Juden nach Israel aus. Die Onlinezeitung „Times of Israel“ beschreibt dieses Phänomen als den „Zustrom von Hunderttausenden neuer Bürger, deren schiere Zahl anfänglich Israels Aufnahmefähigkeit herausforderte, deren Fähigkeiten, Vielfalt und Leidenschaft jedoch zu einem wesentlichen Bestandteil des modernen, blühenden jüdischen Staates geworden sind“.

Heute zählt das Zentrale Statistikbüro etwa 1,2 Millionen russischsprachiger Einwohner, wobei nicht alle halachisch-jüdisch sind: Manche haben einen Juden als Vater, aber keine jüdische Mutter. In sowjetischen Dokumenten wurde die Abstammung vom Vater abgeleitet. Zudem war Religionsausübung unter dem kommunistischen Regime offiziell untersagt. Auch Antisemitismus führte dazu, dass viele Eltern ihren Kindern die jüdische Herkunft aus Sicherheitsgründen verschwiegen.

Gewürdigt wird in Israel vor allem eine Rede, die Gorbatschow 1991 anlässlich des 50. Jahrestages des Massakers von Babi Jar hielt. In der Schlucht auf dem Gebiet der ukrainischen Hauptstadt Kiew hatten Nationalsozialisten 1941 binnen zwei Tagen mehr als 30.000 Juden ermordet. In der Rede bekannte Gorbatschow, dass „selbst auf sowjetischem Boden giftige Sprossen des Antisemitismus entstanden“. Der ehemalige Staatschef beklagte offen, dass es dieser Antisemitismus war, der so viele Juden veranlasst hatte, die Sowjetunion zu verlassen. Ein halbes Jahr nach seinem Rücktritt als Präsident sagte er bei einem Besuch in Israel 1992: „Ihr Exodus war ein Verlust für unser Land und unsere Gesellschaft.“ |

Der Oberrabbiner von Moskau erinnert sich

Pinchas Goldschmidt war von 1993 bis Juli 2022 Oberrabbiner in Moskau. In der „Jüdischen Allgemeinen“ schreibt der Wahlisraeli zu Gorbatschows Tod:

Ende der 1980er-Jahre durften Juden in der Sowjetunion endlich wieder Hebräisch lernen, in die Synagoge gehen und wieder offen jüdisch sein. Der neue Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow erlaubte ihnen, was seine Vorgänger jahrzehntelang verboten hatten. Keine Frage, auch Michail Gorbatschow unterlag Fehleinschätzungen, hat falsche politische Entscheidungen getroffen, als sich erste Sowjetrepubliken wie das Baltikum von Moskau lossagten und der Kreml zunächst mit militärischer Gewalt auf den beginnenden Zerfall seines Imperiums reagierte. Doch gleichzeitig beendete Gorbatschow den Kalten Krieg. Ihm gebührt Ehre und Anerkennung von allen Menschen, weil er eines der repressivsten, stupidesten totalitären Regime gestürzt hat, das einen großen Teil der Menschheit verklavt hatte.

Es war unter Gorbatschow, als meine Frau Dara und ich 1989 in die Sowjetunion kamen, um die jüdische Gemeinde in Russland wieder aufzubauen, die vom sowjetischen Regime zerstört worden

war. Wir gründeten Kindergärten, Schulen und Synagogen neu, zunächst während der Gorbatschow-Jahre und später nach dem gescheiterten Staatsstreich im August 1991, als die Sowjetunion zerfiel und der neue russische Staat unter Präsident Boris Jelzin entstand.

Einmal besuchte ich Gorbatschow, es war im Jahr 1996, vor den Präsidentschaftswahlen in Russland. Er fragte mich: „Soll ich kandidieren?“ Ich antwortete ihm scherzhaft: „Ja – in Israel. Dort sind Sie sehr beliebt!“ Als ich die Geschichte Wochen später dem amtierenden israelischen Premierminister Schimon Peres erzählte – das Land stand

damals nach der Ermordung von Jitzchak Rabin unter Schock –, dachte er, ich meine es ernst. Da er selbst vor einer schwierigen Wahl stand, sagte er: „Wir haben schon genug Kandidaten in Israel!“

Während Gorbatschow über die Jahre hinweg nicht nur in Israel und bei den Juden in der ehemaligen Sowjetunion sehr beliebt blieb – sowie als Wegbereiter der deutschen Wiedervereinigung auch in Deutschland –, erfuhr er in Russland kaum öffentliche Unterstützung. Die horrenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den größten Teil der Bevölkerung während und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion heimsuchten, der Wegfall des sowjetischen Sicherheitsnetzes, der Mangel an Konsumgütern und die Scham vieler Sowjetbürger über den Zerfall des Systems, an das man sie so lange hatte glauben lassen, trugen dazu bei, in Gorbatschow den Schuldigen dieser Misere zu sehen. |



**Gorbatschows Öffnungspolitik bereite
t Millionen Juden den Weg, aus der ehema-
ligen Sowjetunion auszuwandern**

ZUM TOD ELISABETHS II.

Die Queen und Israel

Die Anfang September verstorbene Queen Elisabeth II. hatte stets Interesse an Israel. Zu einem Besuch in dem Land ist es aus äußeren Gründen nicht gekommen.

Daniel Frick

In ihren sieben Jahrzehnten auf dem britischen Thron hat Elisabeth II. um die 120 Länder besucht, nach Israel kam sie dabei nie. Doch das liegt weniger an ihr selbst, sondern am britischen Außenministerium, das die Reisen der Queen festlegt. Die britische Regierung war während des Palästina-Mandats (1922–1948) Teil des Konfliktes zwischen Juden und Arabern. Nach der Staatsgründung Israels mag sie das Anliegen gehabt haben, die Beziehungen zu arabischen Staaten hochzuhalten. Einladungen aus Israel lagen vor, der Palast verschob einen Besuch immer auf unbestimmte Zukunft.

Bis in die jüngste Zeit hinein kamen Mitglieder der Königsfamilie nur „privat“ nach Israel, als erster hochrangiger Royal tat dies Prinz Philip (1921–2021). 1994 besuchte der Ehemann von Elisabeth II. das Grab seiner Mutter Alice von Battenberg in der Maria-Magdalena-Kirche auf dem Ölberg. Mit Prinz William reiste im Jahr 2018 erstmals ein Mitglied der Königsfamilie offiziell nach Israel, Anlass war das 70. Staatsjubiläum.

Auf königlicher Kutschfahrt

Die Queen mag keinen Fuß ins Heilige Land gesetzt haben, dafür kamen aber Israelis zu ihr. 1997 bereitete sie erstmals einem israelischen Staatspräsidenten einen königlichen Empfang: Ezer Weizmann durfte zu ihr in die Kutsche steigen und zum Buckingham Palace fahren. Elf Jahre später verlieh sie Staatspräsident Schimon Peres die Ehrenritterschaft. Bei einem halbstündigen Gespräch soll sie interessiert Fragen zu Israel gestellt haben. Peres versuchte indes, die Queen mit seinen Geschichtsthesen zu beeindrucken: „Die Briten lernten aus der Bibel, und wir lernten von der britischen Demokratie.“

Im Jahr 1984 war Chaim Herzog der erste israelische Präsident, der die britische Königin zu einem Arbeitsbesuch traf. Sein Sohn, der amtierende Staatspräsident Jitzchak Herzog, sagte anlässlich der Todesnachricht: „Meine verstorbenen Eltern hatten über die Jahre hinweg mehrere Audienzen bei der Queen. Ihr zuneigungsvoller Empfang und ihre herzliche

Gastfreundschaft hinterließen bei nachfolgenden Generationen tiefe Spuren.“

Die israelische Botschafterin in London, Zippi Hotovely, würdigte indes das Engage-



Elisabeth II. bestieg 1952 im Alter von 25 Jahren den britischen Thron. Nach einer Krise in den 1990er Jahren führte sie das Königshaus wieder zu großer Beliebtheit. Am 8. September starb sie auf Schloss Balmoral, der königlichen Sommerresidenz in Schottland.

ment der Queen für Juden in England. Sie bezeichnete Elisabeth II. als „große Freundin der jüdischen Gemeinschaft“ und ergänzte: „Sie war sehr einfühlsam und respektvoll gegenüber Holocaust-Überlebenden. Immer hörte sie ihnen länger zu, als es das Protokoll vorsah.“

Hotovely erinnerte sich auch an ihr letztes Treffen mit der Queen. Die damals 94-jährige sei „scharfsinnig und geistreich gewesen, voller Anmut und persönlichem Charme“. Entsprechend stellte sie dann auch die wohl interessanteste aller Fragen: „Warum gibt es so viele Wahlen in Israel?“ |

„Komm und sei, wer du bist!“

Juden, die den ultra-orthodoxen Lebensstil hinter sich lassen, fällt es schwer, in der israelischen Mehrheitsgesellschaft Fuß zu fassen. Zahlreiche Organisationen wollen ihnen dabei helfen. Direkt am Machane-Jehuda-Markt in der Jerusalemer Innenstadt bietet eine von ihnen den sogenannten „Aussteigern“ ein Zuhause. Das Ringen um die eigene Identität bleibt oft eine lebenslange Herausforderung.

mh



Wenn er Freunde und Verwandte besucht, kleidet sich Klapholtz manchmal so wie früher

Es ist eine laue Sommernacht in Jerusalem, Donnerstag um zwei Uhr. Die Bässe der Partys vom Machane-Jehuda-Markt sind in der schmalen Parallelstraße der Jaffastraße kaum zu hören. Direkt hinter der Straßenbahnhaltestelle „Machane Jehuda“ führt ein kleines hölzernes Tor auf eine große Terrasse, hinter der ein geräumiger Saal liegt. Aus den gemütlichen Sitzgruppen ertönt ein gedämpftes Stimmengewirr. Auf dem Schild am Eingang steht der Schriftzug: „Barata – ein Zuhause für kluge Menschen. Zentrum für Kultur und Kunst“.

Treffpunkt für Jeruschalmim

Schüchtern betritt ein ultra-orthodoxer Mann die Terrasse. Er schaut sich um und beginnt ein Gespräch mit einigen jungen Männern: „Was ist das hier für ein Ort?“ Sie antworten: „Hier treffen sich Jeruschalmim (Jerusalemer). Hier gibt es jüdische Kultur.“ Der Mann schaut skeptisch auf die anwesenden Frauen. Die Männer fragt er: „Männer und Frauen zusammen?“ Ein Mann mit Hut, den alle Joine nennen, antwortet: „Natürlich. Warum denn nicht?“ Der Besucher ruft erschrocken aus: „Gott bewahre! Seid ihr alle ultra-orthodox?“ Joine erwidert: „Hierher kommen Menschen, die mal Haredim waren. Sie machen niemandem ihren Platz streitig und wollen zu keiner bestimmten Gruppe gehören.“

„Barata“ – „Du hast erschaffen!“ Jeder Israeli versteht unmittelbar den Bezug zum dritten Wort der Bibel: Dort „schuf“ Gott. Auch die „klugen“ Menschen, die „chachamim“, sind der jüdischen Tradition entnommen: Als solche werden vornehmlich die „Weisen“ bezeichnet, die rabbinischen Gelehrten, die gültige Entscheidungen zur Halacha, dem Religionsgesetz, trafen. Im sephardischen Judentum werden auch die Rabbiner als solche bezeichnet.

Eine Wand des Saales hinter der Terrasse ist mit Holzregalen ausgekleidet, die mit Büchern bestückt sind. Von den anderen Wänden führen kleine Räume und eine Küche ab. Diese verfügt über große Backöfen, zu einem Schabbatessen kommen hier schon mal 120 Leute zusammen.

In den Ecken stehen Sofas, auf denen Menschen sitzen. Manche von ihnen kennen sich schon Jahre, andere noch gar nicht – doch alle sind sie in einer Welt aufgewachsen, die mit dem Leben der Mehrheitsgesellschaft nicht viel gemein hat. Jahre-, manchmal jahrzehntelang wurden sie darauf getrimmt, sich abzusondern und sich nicht mit der „modernen Welt“ gemein zu machen. Aus unterschiedlichen Gründen haben sie sich entschieden, diesen Lebensstil hinter sich zu lassen. Einige von ihnen sehen religiös aus oder tragen gar ultra-orthodoxe

Kleidung mit langem Bart, andere tragen kurze Hosen und wilde Frisuren.

Lernen für ein neues Leben

Die jungen Männer heißen Tom (von Mordechai, Motti), Lazer (von Elieser) und Schauli, die Frauen Esti, Racheli und Dvori (Debora). Ob

aus der jüdischen Tradition eine große Rolle. Draußen auf der Terrasse erzählt Gitti, warum sie regelmäßig hierher kommt: „Hier dürfen wir sein, wie wir sind.“ Die fünffache Mutter setzt ihr breitestes Lächeln auf. Sie erzählt von den Schwierigkeiten vieler, im neuen Umfeld mit weniger Regeln, aber so vielen Anforderungen zurechtzukommen.

„Wenn Deutsche zu Besuch kommen, stellen sie begeistert fest, wie ähnlich sich Jiddisch und Deutsch sind.“

sie Hebräisch oder Jiddisch miteinander reden – ihre Nachnamen sind Eisenbach, Rosenblatt, Schneeberg und Bigeleisen. In ihrem alten Leben sind Männer und Frauen strikt voneinander getrennt aufgewachsen, an diesem neuen Ort sitzen sie ganz ohne Abstand zusammen und lernen ihre neuen Grenzen kennen.

Aus ihrem alten Leben sind sie „ausgestiegen“, im neuen vielfach noch nicht angekommen. Inzwischen bieten zahlreiche Organisationen praktische Hilfe im täglichen Leben an – doch weil es in Israel inzwischen Zehntausende Menschen mit ultra-orthodoxem Hintergrund gibt, ist es immer noch zu wenig Hilfe. Durch Smartphone und Internet ist der Zugang zum „modernen“ Leben deutlich leichter als noch vor wenigen Jahren. Den letzten Schritt dann doch zu tun, bleibt trotzdem schwierig; viele wurden jung verheiratet und bekamen früh Kinder.

Viele der ehemaligen Haredim schaffen es, sich „neu zu erfinden“, doch für einen großen Teil von ihnen ist der Druck des neuen Lebens so groß, dass sie daran zerbrechen. Immer wieder erschüttern Suizide die Gemeinschaft. Viele Aussteiger sind in psychologischer Behandlung oder nehmen Psychopharmaka. Der Alkohol- und Cannabiskonsum ist deutlich höher als in der Mehrheitsgesellschaft.

Essen und Musik mit Tradition

Die Vereine fördern Weiterbildungen, halten Vorträge über den Umgang mit Finanzen und Seminare zum Umgang mit Computern. Sie helfen den jungen Leuten dabei, sich für eine berufliche Tätigkeit oder ein Studium zu bewerben, geben Nachhilfe in Englisch oder Mathematik. Manche der Vereine haben ein ausgesprochen säkulares Profil, andere sind eher religiös.

Bei „Barata“ spielt neben der Gemeinschaft vor allem traditionelles Essen und viel Musik

„Barata“ gibt es seit sechs Jahren, seit zwei Jahren mietet der Verein die Räumlichkeiten am Markt. Den Vereinsgründer Joine Klapholtz kennt Gitti aber schon viel länger, beide stammen aus dem nahen ultra-orthodoxen Viertel Mea Shearim. „Dieser Ort ist ganz stark mit der Person von Joine verbunden. Ohne ihn wäre das alles nicht denkbar.“

Haredim in Zahlen

Bei der Staatsgründung 1948 lebten etwa 30.000 Ultra-Orthodoxe (Haredim) in Israel, heute sind es etwa 800.000. Einer aktuellen Studie zufolge werden die Ultra-Orthodoxen in 15 Jahren rund 25 Prozent des weltweiten Judentums ausmachen. Demnach verdoppelt sich durch die hohe Geburtenrate ihre Anzahl alle 20 Jahre, während sich die Anzahl anderer Juden nur alle 30 Jahre verdoppelt. Es lassen sich Hunderte verschiedener Strömungen bestimmen, ein Merkmal ist die Kleidung.



Zum Schabbatessen bei Klapholtz (Mitte) gibt es traditionelles Essen und – im früheren Leben am Schabbat undenkbar – Instrumentalmusik.

Die beiden unterhalten sich in ihrer Muttersprache Jiddisch miteinander. Klapholtz erklärt: „Unser Ziel ist es, die eigene Identität zu erkennen und zu bewahren.“ Wichtig sei, die eigene Identität von der kollektiven zu trennen. „Wenn du in Mea Shearim geboren bist, triffst du deine Entscheidungen immer nur gemäß dem Kollektiv. Für eigene Entscheidungen bleibt kein Platz.“

Klapholtz' Familie lebt in neunter Generation in Jerusalem, er selbst entstammt der chassidischen Karlin-Strömung. Diese Juden

geworden und seinen ganz eigenen Weg gegangen. Wenn er Verwandte besucht, kleidet er sich auch heute noch manchmal so wie früher. Im täglichen Leben trägt er Jeans und T-Shirt.

Die Gottesfürchtigen

Haredim, die Gottesfürchtigen, schotten sich ab vom Rest der Gesellschaft. Die 613 Gebote im Judentum legen sie besonders streng aus. In ihren Schulen folgen sie einem eigenen Lehrplan. Weil die Männer meist in Jeschivot, besonderen Toraschulen, lernen, verweigern sie zum größten Teil den Armeedienst. Aufgrund der wachsenden Zahl wehrfähiger Männer sorgt diese Ausnahme in der israelischen Mehrheitsbevölkerung für Frust und hat in der Vergangenheit zum Zerbruch der Regierung geführt.



Klapholtz im Alter von Anfang 20 in einer Jeschiva, einer Talmud- und Toraschule

Choser beSche'ela

Ein ungläubiger Jude, der gläubig wird, wird in der hebräischen Sprache als Mensch bezeichnet, der „zur Antwort zurückkehrt“ – „Choser biTschuva“. Wer sich entscheidet, den Glauben hinter sich zu lassen, wird als jemand bezeichnet, der „zur Frage zurückkehrt“ – „Choser beSche'ela“. Juden, die einmal „ultra-orthodox“ waren, bekommen im Hebräischen die Zuschreibung „ehemalige Haredim“ oder einfach nur Joz'im, Aussteiger.

sind bekannt für ihre intensiv-laute Art zu beten und für ihre Gastfreundschaft.

Klapholtz sagt: „Barata ist der Ort, wo du dich selber in deiner Unabhängigkeit erschaffst. Einen Haredi erkennt man an seiner Kleidung und an seinem Habitus. Der Haredi entscheidet sich selber für diese Art zu leben. Aber was ist mit den Aussteigern? Da bleibt immer ein Stigma. Sie steigen ein in ein nicht definiertes Gebiet. Oft werden sie von außen definiert und haben selbst keine Wahl.“

Dass der haredische Stil nicht zu ihm passt, hat Klapholtz schon früh gemerkt. „Als ich meine Bar Mitzva hatte, hatte ich lange Schläfenlocken. Aber ich habe mir auch damals schon viele Gedanken gemacht. Ich wollte anders leben.“ Erst viele Jahre später habe er sich ganz losgelöst. Er hat Jura studiert, ist Rechtsanwalt

Selbstbezeichnung schwer zu finden

Wie vielschichtig das Ringen um die eigene Identität ist, wird allein deutlich, wenn es um die Selbstbezeichnung geht. Für Menschen, die der strengen Lebensweise des ultra-orthodoxen Judentums den Rücken gekehrt haben, hat sich in den vergangenen Jahren der Begriff „Aussteiger“ etabliert. Auch Klapholtz benutzt ihn in Gesprächen immer wieder, wenn er sich auch eigentlich gegen dessen Verwendung sträubt.

Dem schwarz gekleideten Mann antwortet er: „Wir sind keine Säkularen. Und ganz sicher keine ‚Aussteiger‘. Wir haben noch nicht einmal Fragen.“ Damit bezieht er sich auf den hebräischen Begriff, nach dem jemand, der seine Religion hinter sich lässt, „zur Frage zurückkehrt“. Nachdrücklich erklärt er: „Wir lassen uns in keine Kategorie pressen. Wir sind von nirgendwo ausgestiegen und wir haben auch keine Frage. Das ist alles. Aber jeder darf hier so kommen und sein, wie er möchte. Sogar wenn er religiös oder haredisch ist.“

Einladung zur Begegnung

Noch trägt sich der Verein aus Spenden und den Ersparnissen von Klapholtz. Doch seit einigen Monaten bietet „Barata“ in den Abendstunden ein Café an. Auf der Speisekarte stehen in erster Linie Speisen, die in Orten wie Mea Shearim zum Schabbat gegessen werden. Joine hofft, dass künftig noch mehr Besucher aus der israelischen Mehrheitsgesellschaft kommen werden. Und Touristen. Gerade wenn Deutsche zu Besuch kommen, entsteht nach einigen erfolglosen Sprachversuchen oft eine große Begeisterung durch die Erkenntnis, wie ähnlich sich Jiddisch und Deutsch sind.

Auch der ultra-orthodoxe Besucher am Donnerstagabend spricht Jiddisch. Gegen drei Uhr verabschiedet er sich mit den Worten: „A gite Nacht“ und „Ich werde bestimmt wiederkommen“.

So wie heute die chassidische Strömung bekannt ist oder die Säkularen – Klapholtz hofft, dass die israelische Gesellschaft Menschen wie ihn einmal als „Strömung der Weisen“ definieren wird. Eben als solche, die sich selbst in Freiheit entschieden haben. |

MÜNCHEN 1972

Nach 50 Jahren am Ziel

Jahrzehntelang stritten die Angehörigen der beim Olympia-Massaker 1972 ermordeten Israelis mit Deutschland um die Aufarbeitung von Fehlern der deutschen Behörden. Zum 50. Jahrestag gab es eine Einigung. Unter anderem sieht sie Zahlungen in Höhe von 28 Millionen Euro vor. Ist das angemessen?

Sandro Serafin

Abschließen wird Ankie Spitzer damit nie können. Aber als sie am 5. September bei der Gedenkveranstaltung für das Olympia-Massaker von München 1972 an elf Israelis spricht, scheint doch eine Last von ihr, der Frau des ermordeten Fechttrainers André Spitzer, zu fallen: „Endlich, nach 50 Jahren, haben wir unser Ziel erreicht.“ Erst wenige Tage zuvor hatten sich Vertreter der Opfer und Deutschlands auf eine „Gesamtkonzeption“ für den weiteren Umgang mit den Ereignis-



Opfervertreterin Spitzer spricht am 5. September in Fürstenfeldbruck

sen einigen können: Sie umfasst eine Aufarbeitung durch eine deutsch-israelische Historikerkommission, die Übernahme von politischer Verantwortung und „Anerkennungsleistungen“ an die Hinterbliebenen in Höhe von insgesamt 28 Millionen Euro durch den Bund, das Land Bayern und die Stadt München.

Vorausgegangen war ein jahrzehntelanges Ringen. Die Täter waren Palästinenser. Doch Deutschland trägt auch Verantwortung: Das Sicherheitskonzept bei den Spielen war unzureichend, Befreiungsversuche scheiterten, der letzte endete im Tod aller Geiseln. Dass Deutschland die Aufarbeitung jahrzehntelang verschleppte, war aus Sicht der Opfer ein Schlag ins Gesicht, sie sprachen von „50 Jahren Schmähung, Lügen, Demütigung und Zurückweisung“. Als sich der 50. Jahrestag näherte, erhöhte die

Gruppe um Spitzer den Druck, stets die Drohung im Petto, selbst nicht an den Gedenkfeierlichkeiten teilzunehmen – nicht nur für Deutschland, sondern für die deutsch-israelischen Beziehungen insgesamt wäre das ein Desaster gewesen.

Zuletzt blieb vor allem die Höhe weiterer Entschädigungen strittig: Rund viereinhalb Millionen Euro hatten die Angehörigen bis dato von Deutschland erhalten. In Gerichtsprozessen um höhere Summen scheiterten sie in den 1990er Jahren. Ein Urteil, das Zahlungen für Amtspflichtverletzungen wegen Verjährung ablehnte, wurde 2001 rechtskräftig. Von weiteren Gerichtsprozessen war dementsprechend keine Rede, als die Angehörigen die Angelegenheit nun neu thematisierten. Sie musste nach politisch-moralischen Maßstäben gelöst werden. Bisherige Zahlungen seien zu großen Teilen von den Prozesskosten aufgeessen worden, machten die Opfervertreter geltend und forderten „internationale Standards“ in der Entschädigungshöhe ein. Sie verwiesen auf den Anschlag auf ein Flugzeug über Lockerbie von 1988. Der libysche Staat sagte später 10 Millionen Dollar pro Opfer zu.

Internationaler Standard?

Die Entschädigungssumme einzuordnen, fällt schwer: Die Opferhilfeeinrichtung „Weißer Ring“ etwa will sie auf Nachfrage nicht mit anderen Zahlungen vergleichen. „Schurat HaDin“, eine israelische Organisation, die Terror-Opfer vertritt, sagt gegenüber Israelnetz, so etwas wie ein „internationaler Standard“ existiere nicht, wenngleich einige Länder mit Terrorerfahrung Standards entwickelt hätten. Die Einigung auf 28 Millionen Euro bezeichnet die Präsidentin Nitsana Darschan-Leitner als angemessener im Vergleich zu ersten Angeboten von zusätzlichen fünfeinhalb Millionen Euro, aber auch als „immer noch sehr niedrig“. Andreas Schulz, ein führender deutscher Opferanwalt, verweist gegenüber dem „Stern“ darauf, dass in Fällen von Schäden durch Medikamente weit mehr als 10 Millionen Euro pro Opfer gezahlt würden.

Andererseits lassen sich auch Gegenbeispiele finden. So wurden etwa in den Jahren nach den Anschlägen vom 11. September 2001 für jeden Toten im Schnitt rund 2 Millionen Dollar ausgezahlt. Jedoch hatte es dafür nicht jahrzehntelange Anstrengungen der Opferangehörigen gebraucht, eine Zeit, die Leid noch verstärkt. Letztlich dürfte jeder Versuch, eine objektiv angemessene Summe zu finden, zum Scheitern verurteilt sein: Verlorene Menschenleben sind nie durch Geld zu kompensieren. Zu hoffen bleibt, dass die gefundene Einigung trägt und die Opferangehörigen zur Ruhe kommen können. |

MELDUNGEN

Lapid und Abbas für „Zwei-Staaten-Lösung“

Der israelische Regierungschef Jair Lapid (Jesch Atid) hat sich bei der 77. UN-Generalversammlung in New York für eine „Zwei-Staaten-Lösung“ ausgesprochen. „Trotz aller Hindernisse unterstützt bis heute eine große Mehrheit der Israelis eine Zwei-Staaten-Lösung. Ich bin einer von ihnen“, sagte Lapid in seiner Rede am 22. September. „Wir haben nur eine Bedingung: Dass ein zukünftiger palästinensischer Staat ein friedlicher sein wird.“ Der Staat dürfe keine weitere Terrorbasis werden, von der aus Israels Existenz bedroht werde.

Der Premierminister kritisierte das Verhalten der palästinensischen Führung nach dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen vor 17 Jahren: „Wir haben ihnen sogar 5.000 Gewächshäuser überlassen, damit sie beginnen konnten, sich eine Wirtschaft aufzubauen. Was taten sie als Antwort? In weniger als einem Jahr kam die Hamas, eine mörderische Terrororganisation, an die Macht. Sie zerstörte die Gewächshäuser und ersetzte sie durch terroristische Trainingslager und Abschussrampen für Raketen.“ Seit dem Abzug hätten Palästinenser über 20.000 Raketen auf Israel abgefeuert.

Zum Auftakt seiner Rede erinnerte Lapid an den Teilungsplan für das Mandatsgebiet Palästina, den die UN-Vollversammlung am 29. November 1947 verabschiedet hatte: „Nur ein paar Hunderttausend Juden lebten zu jener Zeit in Israel, in einer feindlichen Umgebung, schockiert und am Boden zerstört nach dem Holocaust, in dem sechs Millionen aus unserem Volk ermordet wurden. 75 Jahre später ist Israel eine starke, liberale Demokratie. Stolz und erfolgreich.“ Dies

sei möglich gewesen, „weil wir uns entschieden, keine Opfer zu sein. Wir entschieden uns, nicht beim Schmerz der Vergangenheit zu verweilen, sondern uns



Erinnerte an den UN-Teilungsplan von 1947: Israels Premierminister Lapid

auf die Hoffnung der Zukunft zu konzentrieren“.

Israelische Oppositionspolitiker kritisierten Lapid's Äußerungen über eine „Zwei-Staaten-Lösung“. Noch vor dem Ende der Rede veröffentlichte Oppositionsführer Benjamin Netanjahu (Likud) ein Video, wie die Onlinezeitung „Times of Israel“ berichtet. Darin warf er dem Premier vor, Israels Zukunft zu gefährden. Lob kam aus dem linken Lager. Die Meretz-Vorsitzende Sahava Gal-On sprach von einer „historischen“ Rede

und ergänzte: „Endlich ist die Vision des Friedens auf der Agenda: Den Kreislauf des Blutvergießens, die Kontrolle über Millionen Palästinenser und Jahre von Schmerz und Trauer auf beiden Seiten zu beenden.“

Abbas: Resolution von 1947 umsetzen

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmud Abbas, warb in seiner Rede für eine „Umsetzung der Resolution 181“. Der Fatah-Politiker sagte am 23. September, er habe dazu einen offiziellen Antrag bei Generalsekretär António Guterres eingereicht. Ziel dieses Vorgangs ist die Anerkennung „Palästinas“ als Vollmitglied.

Allerdings sprach die Resolution 181 der Generalversammlung aus dem Jahr 1947 neben einem jüdischen Staat von einem „arabischen“ Staat. Die Araber lehnten diese Resolution damals ab in der Hoffnung, jüdische Nationalbestrebungen vereiteln zu können.

Seine Rede begann Abbas mit Vorwürfen gegen Israel: Die Armee und „Siedlerterroristen“ hätten freie Hand. Sie töteten Palästinenser, zerstörten Wohnhäuser und zweigten Wasser ab. Israel ignoriere internationale Abkommen und sei daher „nicht länger ein Partner für den Friedensprozess“. Positiv hob Abbas hervor, dass sowohl US-Präsident Joe Biden (Demokraten) als auch Lapid die „Zwei-Staaten-Lösung“ unterstützen. Biden hatte in seiner Rede betont, dass sich die USA weiter für eine „verhandelte Zwei-Staaten-Lösung“ einsetzten. |

Daniel Frick und Elisabeth Hausen

Anzeige

Für unsere crossmedial arbeitende Redaktion „Israelnetz“ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt folgende Stelle zu besetzen:

Volontariat oder Redakteursstelle in unserer Israelnetz-Redaktion

Melden Sie sich bei uns: (0 64 41) 5 66 77 00 | info@medieninitiative.pro
► [medieninitiative.pro/jobs](https://www.medieninitiative.pro/jobs)

Israelnetz



CHRISTLICHE
MEDIENINITIATIVE
PRO

Scholz: Luxemburger Abkommen ist ein Wunder

Am 10. September 1952 schloss die Bundesregierung der BRD mit Israel ein Abkommen über Entschädigungszahlungen für die Verbrechen Deutschlands an den europäischen Juden. Bei einer Veranstaltung zum 70-jährigen Jubiläum des Luxemburger Abkommens bezeichnete Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Jüdischen Museum Berlin den Vertrag als „ein Wunder“.

Für Deutschland komme das Abkommen einem „zweiten Gründungsakt der Bundesrepublik“ gleich. Es sei „zum moralischen Fundament unserer freiheitlichen Demokratie“ geworden, sagte Scholz. Deutschlands Schuld sei dadurch zwar nicht verschwunden. Es sei aber der Versuch gewesen, Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus bildete das Luxemburger Abkommen den Grundstein für die deutsch-israelische Partnerschaft.

Scholz versprach, dass es der Bundesregierung weiterhin ein Anliegen sei, Holocaust-Überlebende zu unterstützen, damit sie ihren Lebensabend in Würde verbringen können.

Gegen Relativierung des Holocaust

Im Bezug auf Holocaust-Vergleiche sagte Scholz, dass der Holocaust „das schwärzeste Kapitel der Menschheitsgeschichte“ sei. Deswegen verbiete sich jede Relativierung oder jeder Vergleich. Wer das macht, verhöhne die Opfer und schüre Hass und Gewalt.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) versprach beim Festakt, dass das Leid der Opfer und Überlebenden nicht

vergessen werde. Daher sei es auch heute noch ein Anliegen der Bundesregierung, Entschädigungszahlungen sicherzustellen. Das Luxemburger Abkommen werde Bestand haben, auch wenn sich dessen Charakter verändere.



Scholz sprach über die Bedeutung des Luxemburger Abkommens für Deutschland

Zudem betonte Lindner die historische und moralische Verantwortung, die Deutschland gegenüber Israel habe. Diese Verantwortung reiche auch in die Zukunft und müsse in politisches Handeln münden. Eine solche sei beispielsweise die deutsche Staatsräson. Diese sei aber nicht ausschließlich wegen der deutschen Geschichte geboten, sondern auch weil Israel ein Wertepartner sei, sagte Lindner. |

Martin Schlorke

Grabkammer entdeckt

An Israels Küste ist eine unversehrte Grabkammer aus der Zeit des ägyptischen Pharaos Ramses II. entdeckt worden. Bei Bauarbeiten im Nationalpark Palmachim südlich von Tel Aviv hatte ein Bagger die in Stein gehauene Anlage aufgedeckt.

In der Grabkammer fanden Wissenschaftler antike Amphoren, Öllampen, Krüge und Schalen aller Art, kleine Gefäße für kostbare Substanzen, aber auch Pfeil- und Speerspitzen aus Bronze. Nahezu alle Gegenstände befinden sich in einem ausgezeichneten Zustand. Darüber hinaus fanden die Forscher menschliche Knochen. Laut der Zeitung „Ha'aretz“ ist unklar, wer die Kammer einst nutzte. Die Wissenschaftler erhoffen sich, anhand der Untersuchung der Krüge und der anderen Gegenstände mehr über die Nutzer herauszufinden.

Gefäße aus dem Libanon, Syrien und Zypern

Der israelische Archäologe Eli Jannai datiert die Grabkammer auf das 13. Jahrhundert vor Christus. Damit stammt sie aus der späten Bronzezeit, also der Zeit, als Pharaos Ramses II. in Ägypten herrschte. Die rund 3.300 Jahre alten Gefäße könnten laut Jannai aus dem Libanon, Syrien und Zypern stammen.

Der Fund ist nicht der erste in der Gegend. In der Nähe wurde bereits eine 3.500 Jahre alte Festung entdeckt. Wie die israelische Onlinezeitung „Times of Israel“ berichtet, graben Archäologen seit 1992 nach weiteren antiken Schätzen. |

Johannes Schwarz

Rekordhochzeit in den Emiraten

Eine am 14. September gefeierte Hochzeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten gilt nun als größte jüdische Veranstaltung in der Geschichte des Landes. Zu dem Fest kamen rund 1.500 Gäste, darunter auch Christen und Muslime. Bei dem Bräutigam handelt es sich um den 29-jährigen Rabbi Levi Duchman. Er stammt aus den USA und lebt seit 2014 in den Emiraten. Seine Frau, die 27-jährige Lea Chadad, kommt aus Brüssel. Beide gehören der Chabad-Bewegung an. Juden in den Emiraten treten erst seit wenigen Jahren verstärkt in die Öffentlichkeit des Anfang der 1970er Jahre gegründeten Golfstaates. |

Daniel Frick



Das Hochzeitspaar gehört der Chabad-Bewegung an, die unter anderem säkulare Juden zum Praktizieren des jüdischen Glaubens einlädt



REGIERUNG BENNETT-LAPID

Gut gemeint

Die am breitesten gefächerte Regierung in der Geschichte Israels hielt gut ein Jahr. Die erwünschte Stabilität brachte sie nicht. Nun wird der Ruf nach grundlegenden Reformen lauter.

Daniel Frick

Harmonisch bis zum Schluss: Bennett (l.) übergab Ende Juni den Regierungsposten an Lapid, so wie es der Koalitionsvertrag im Fall eines Regierungsendes vorsah

Von Barack Obama stammt der Satz, Israel sei eine „lebhaft“ Demokratie. Als der damalige US-Präsident dies im März 2013 bei seinem Besuch im jüdischen Staat sagte, meinte er es halbernst: Jedes Wort im spannungsvollen Verhältnis zu Benjamin Netanjahu, dem damaligen Premier, werde hier auf die Waagschale geworfen, ebenso jede Geste. Dabei wollten die beiden doch nur Material für die israelische Satiresendung „Wundervolles Land“ liefern, sagte er augenzwinkernd.

Knapp zehn Jahre später und nach einer Phase mit vier Wahlgängen in zwei Jahren lässt sich sagen, dass die israelische Demokratie ihre „Lebhaftigkeit“ auf eine neue Ebene gehoben hat – und vielen ist das Lachen längst vergangen. Mit einer weiteren vorzeitigen Wahl Anfang November, der fünften in dreieinhalb Jahren, bestätigt sich die Tendenz zur Unbeständigkeit: 1988 gingen die Israelis das bislang letzte Mal zum regulären Termin zur Wahl, doch die Häufigkeit der vergangenen Jahre ist neu.

Neuer Geist und Turbulenzen

Einen eigenen Beitrag zu dieser ambivalenten Lebhaftigkeit hat zuletzt die Regierung Bennet-Lapid geleistet. In einem Kraftakt versammelte sie acht Parteien, die eigentlich nicht zusammen können, in einer Koalition: Konservative, Islamisten, Liberale, Linke. Ausgerechnet mit so einer Aufmachung und einer knappen Mehrheit von zwei Sitzen strebten die Beteiligten nach Stabilität; es galt, abermalige Neuwahlen zu vermeiden – vor allem aber, Netanjahu in die Opposition zu drängen.

Den Likud-Chef hatten die Acht vor allem aufgrund der Korruptionsvorwürfe gegen ihn als Unhold der israelischen Politik ausgemacht. Die Regierung trat daher auch an, um mit einem „neuen Geist“ das Land zu führen: Wohlwollen, Anstand, Ehrlichkeit, Hoffnung, Einheit und Überparteilichkeit sollten nun vorherrschen. Die Akteure zeigten sich dann auch betont harmonisch. Der Chef der islamistischen Ra’am-Partei Mansur Abbas lobte noch im März Naftali Bennett für die Bildung dieser Regierung: Der Jamina-Chef habe den „Mut eines Anführers“ bewiesen.

Doch früh zeigte sich auch, dass der Zusammenhalt genau so bröckelig war, wie es die meisten ahnten. Der Jamina-Abgeordnete Amichai Schikli hatte schon gegen die Regierungsbildung gestimmt, im April flog er wegen seines Stimmverhaltens aus der Partei.

Überhaupt war der April turbulent: Während der Tempelberg-Krise setzte die Ra’am-Partei zehn Tage lang ihre Regierungsbeteiligung aus, um gegen die Maßnahmen der Regierung zu protestieren. Die Koalitionsführerin im Parlament, die Jamina-Abgeordnete Idit Silman, kündigte ihre Mitwirkung auf, so dass die Koalition ihre Mehrheit in der Knesset verlor. Die Regierung schade der jüdischen Identität Israels, meinte Silman damals. Im Mai verließ dann auch Rinawie Soabi (Meretz) für drei Tage die Koalition, ebenfalls wegen des Umgangs der Regierung mit den Unruhen auf dem Tempelberg.

Bennet versuchte indes, die Dinge schön zu reden. Bei TV-Interviews verwies er auf das „Experiment“ der „breitgefächertsten Regierung in Geschichte Israels“, wenn Fragen kamen, wie

lange er angesichts der knappen Regierungsmehrheit noch Premier bleiben könne. Als die Zeichen der Auflösung deutlicher wurden, hob er es als positives Merkmal hervor, dass keine der Kräfte in der Regierung zu ihrem Recht gekommen sei – insofern stimme die Balance. Doch am Ende hieß es von Beteiligten, jede Partei habe zu viel Federn lassen müssen.

Sog der Weltanschauungen

Die erste Schramme holte sich die Regierung schon im Alter von drei Wochen. Die Knesset-Abgeordneten sollten ein Gesetz verlängern, das dem Innenminister die Anerkennung einer Staatsbürgerschaft für Palästinenser, deren Partner in Israel leben, erst nach einer Sicherheitsüberprüfung erlaubt. Das Gesetz stammt aus der Zeit der „Zweiten Intifada“, in deren Verlauf palästinensische Terroristen rund 1.000 Israelis töteten.

Bennett hatte die Abstimmung im Vorfeld zur „Vertrauensfrage“ erklärt. Doch zwei Ra'am-Abgeordnete enthielten sich, und Schikli stimmte mit der Opposition dagegen. In der Folge wies Justizministerin Ajelet Schaked (Jamina) die zuständige Behörde an, so zu tun, als sei das Gesetz gültig. Im Januar untersagte der Oberste Gerichtshof diese Praxis, im März 2022 verabschiedete die Knesset dann schließlich eine Kompromissversion des Gesetzes, dieses Mal mithilfe der Opposition.

Das Ende der Regierung besiegelte dann wiederum eine im Juni anstehende Gesetzesverlängerung, und wieder ging es um den israelisch-palästinensischen Konflikt: Ein Gesetz für die Gültigkeit israelischen Rechts in den Siedlungen lief aus. Die ideologischen Lager waren auch hier klar verteilt, und auch hier scheiterte die Verlängerung in erster Lesung. Eine Woche später verließ der ebenso mächtige wie unzufriedene Jamina-Abgeordnete Nir Orbach die Koalition. Und wieder eine Woche später beschloss die Regierung ihr Ende – das war die einzige Möglichkeit, die Verlängerung des besagten Gesetzes zu gewährleisten.

Mit anderen Worten: Am Ende war es doch die breite Fächerung, an der die Regierung scheiterte. Den Akteuren war diese Gefahr von Anfang an bewusst. Für den Erfolg war daher eigentlich Pragmatismus das Zauberwort. Ideologische Ansprüche, ob post-zionistisch oder siedlungsfreundlich, sollten hinten anstehen. Der Denkfehler war wohl die Annahme, den ideologisch angereicherten Themen entgegen zu können.

Regierungsarbeit mit Resultaten

Bei alledem lohnt es sich, in Erinnerung zu rufen, was in den Wochen vor der Regierungsbildung am 13. Juni 2021 geschehen war: Die Mobgewalt zwischen Arabern und Juden hatte während der Gaza-Operation „Wächter der Mauern“ ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Dass nur einen Monat später eine Regierung zustande kam, die derart unterschiedliche Kräfte vereinte, wollten viele als Zeichen der Versöhnung deuten – oder zumindest als Selbstversicherung, dass das Zusammenleben doch gelingt. Immerhin hatte Israel mit Bennett seinen ersten jüdisch-religiösen Premierminister und erstmals beteiligte sich mit Ra'am eine islamisch geprägte Partei profiliert an der Regierung.

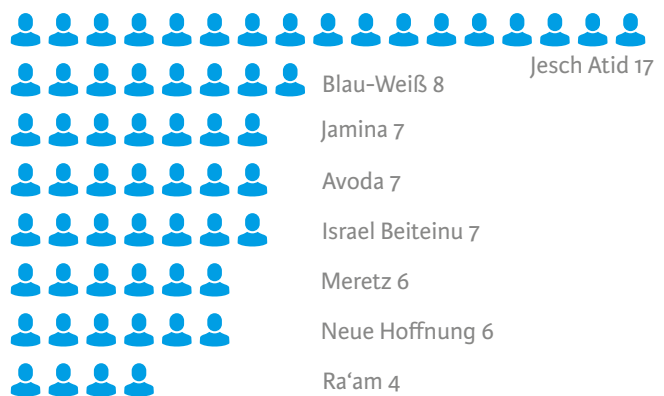
In vielen Fällen zeigte die Koalition dann auch ihren „neuen Geist“ und gute Regierungsarbeit. Sie nutzte etwa den Umstand, dass die Ultra-Orthodoxen in der Opposition waren, um

die Vergabe von Koscher-Lizenzen zu liberalisieren. Um die Lebenshaltungskosten zu senken, lockerte sie die Regeln für den Importmarkt. Als Erfolg darf auch die Gaza-Politik gelten: Die Palästinenser erhielten mehr Arbeitserlaubnisse für Israel, und die Terror-Organisation Hamas hielt sich mit Angriffen auf den jüdischen Staat zurück.

Abgesehen davon navigierten Regierungschef Bennett und sein Nachfolger Lapid das Land ohne größere Fehlritte durch brenzlige Situationen: Bennett hielt seinem Kurs die Treue, in der Corona-Pandemie möglichst wenig ins Wirtschaftsleben einzugreifen, neben der Tempelberg-Krise war auch eine Terrorwelle zu bewältigen. Nach dem Ende der Regierung meisterte die Armee unter der Verantwortung von Übergangspremier Jair Lapid (Jesch Atid) eine Gaza-Operation mit Bravour. Dass Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die USA die Neuauflage des Iran-Deals auf Eis gelegt haben, dürfte der größte Erfolg dieser Regierung sein.

Breites Regierungsbündnis, knappe Mehrheit

Zu Beginn der Regierungszeit Mitte Juni 2021 kamen die Koalitionsparteien zusammen auf 62 der 120 Knessetsitze



Ruf nach Reformen

Und doch schwebte über der Koalition immer der Ruch des Unbeständigen. Am Ende konnte auch diese Regierung dem Land nicht zur Stabilität verhelfen. Es scheint, als ob eine Reform des politischen Systems nötig ist; Akteure und Beobachter sprechen dies zumindest an. Als Bennett und Lapid Ende Juni Neuwahlen ausriefen, hatte Lapid noch einen Satz zu ergänzen: Die Entwicklungen seien ein weiterer Beleg dafür, „dass das israelische System ernsthafte Veränderungen und größere Reparaturen braucht“.

Der Chef des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, sprach Mitte September etwas spezifischer von der Notwendigkeit eines neuen Wahlsystems. Das gegenwärtige sei ein „Rezept für ein Desaster“, da kleinere Parteien in der Lage seien, die größeren in Geiselnhaft zu nehmen. Lauder rief Staatspräsident Jitzchak Herzog auf, einen Ausschuss von Experten zu bilden, die zu einem neuen Wahlsystem beraten. Politische Stabilität sei gerade angesichts der iranischen Bedrohung lebenswichtig. Um sein Anliegen zu unterstreichen, bemühte Lauder ein Zitat von Theodor Herzl, dem Begründer des modernen Zionismus: „Wenn ihr es wollt, ist es kein Traum.“ |



Mahsa Aminis Tod löste Demonstrationen nicht nur im Iran aus, sondern auch im Ausland, wie hier in New York

ZWISCHEN VERHANDLUNGEN, TERROR UND MASSENPROTESTEN

Quo vadis, Iran?

Der Iran steht am Scheideweg. Opposition und Bevölkerung bäumen sich gegen die islamistische Regierung auf. Der Westen muss entscheiden, welche Seite er unterstützt.

Eine kommentierende Analyse von Carmen Shamsianpur

Iran, wo stehst du? Wohin gehst du? Nichts scheint mehr klar zu sein. Die Sprechchöre auf Teherans Straßen, die einen Umsturz fordern, werden von Jahr zu Jahr lauter. Gerade erlebt das Mullahregime den größten Aufstand seiner Bevölkerung seit 2009.

Eine junge Frau, Mahsa Amini, stirbt im iranischen „Sittengewahrsam“. Ihr Körper weist Folterspuren auf. Ihr Vergehen: Sie habe ihr Kopftuch nicht richtig getragen. Der Hass auf das Unterdrücker-Regime, der seit so vielen Jahren unter der Oberfläche brodelt, entlädt sich erneut auf die Straßen. Frauen verbrennen zu Tausenden ihre Kopftücher. Sie riskieren alles. Diesmal noch mehr, an mehr Orten gleichzeitig, auch international, angestachelt durch die zeitgleiche USA-Reise des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi. Unzählige Demonstranten hoffen und kämpfen dafür, dass doch noch alles besser wird.

Was bedeutet „besser“? Für die Bevölkerung wäre es Meinungs- und Religionsfreiheit, vor allem aber wirtschaftliche Sicherheit. Für die Iranerinnen Freiheit von Kopftuchzwang und struktureller Unterdrückung. Für die Mullahs hingegen wäre „besser“ die Konsolidierung ihrer Macht bis zur Wiederkehr ihrer religiösen Mahdi-Figur, als deren Platzhalter sie sich verstehen. Für Europa wäre es vor allem Zugang zum iranischen Markt mit seinen Öl- und Gasreserven. Die beiden letzteren haben zum Erreichen ihrer Ziele gerade einen großen Hebel in der Hand: Die Wiederbelebung des gescheiterten Atomabkommens. Es hat das Potential, die europäische Energiekrise zu lösen und das Mullahregime im Sattel zu halten. Nur die freiheitsdurstige iranische Bevölkerung müsste mal wieder

geopfert werden. Dies juckt weder die bärtige, klerikale Herrscherklasse im Iran noch die Europäer.

Hintergrundinformationen zu den holprigen Atomverhandlungen sind dieser Tage schwer bis gar nicht zu finden. Obwohl die Medien den Streit seit Jahren begleiten und in den vergangenen Monaten mitverfolgt haben, wie das Papier hin- und hergeschoben wurde, ist über dessen Inhalte so gut wie nichts bekannt. Westliche wie die iranische und andere beteiligte Regierungen schweigen sich darüber aus. Wohl aus gutem Grund. Während einige Kritiker schon erleichtert aufatmen und zu wissen glauben, dass der Deal „vom Tisch“ sei, redet der Iran selbst lediglich von einer US-verschuldeten Pause. Diese könne er einfach beenden, indem er die aktuelle Version des Vertrags unterzeichne. Mit Blick auf Europa, das angesichts der Gasknappheit im anstehenden Winter unruhig auf seinem Stuhl hin- und hertrudelt, pokerte der Iran bislang auf günstigere Konditionen. Mit den jüngsten Protesten im Rücken könnte der Stift für die Unterschrift aber nun etwas lockerer in der Hand sitzen.

Offiziell trägt das Abkommen den Namen Joint Comprehensive Plan of Action (gemeinsamer umfassender Aktionsplan, JCPA). Es handelt sich dabei um eine multilaterale Übereinkunft mit gegenseitigen Zugeständnissen und Verpflichtungen. Was der Deal nicht ist: ein in irgendeiner Weise völkerrechtlich bindender Vertrag. Da über die Inhalte des neuen Deals nur wenig bekannt ist, lassen sich auch die Probleme nicht so einfach benennen. Einige Defizite erscheinen jedoch offensichtlich. Sie reichen aus,

den Deal als „schlecht“ zu bezeichnen. Dafür spricht, dass sich sowohl Kritiker als auch die meisten Befürworter des alten und neuen Atomabkommens über dessen Schwächen weitgehend einig sind. Kaum jemand bezeichnete den Vertrag von 2015 als „gut“. Sondern einfach nur als „besser als nichts“. Erklärtes Ziel war nie, den Iran langfristig am Bau einer Atombombe zu hindern. Dazu taugten die Abmachungen nicht, die jeweils nur auf wenige Jahre, maximal Jahrzehnte, befristet waren. Das offizielle Auslaufen der Fristen hätte die iranische Urananreicherung sogar nachträglich legitimiert. Ganz nach dem Vorbild Nordkoreas, das seine Atombombe in aller Seelenruhe nach Ablauf der Fristen eines Abkommens fertigstellte, das es mit der Clinton-Regierung in den Neunzigerjahren geschlossen hatte. Alle nach 2015 im Iran abgebauten Zentrifugen und sonstige zum Bau der Bombe benötigte Infrastruktur blieben intakt – und im Land – allzeit bereit, ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Soweit bekannt, setzt der angestrebte Deal eine neue Frist bis zum Jahr 2031. Danach die Sintflut.

Bedeutung für Israel

Auch die kurze Zwischenzeit von 10 bis circa 25 Jahren hätte lediglich die Wirtschaft und vielleicht das Gewissen westlicher Staaten beruhigt. Die Jahre vom Abschluss des Vertrages 2015 bis zum Ausstieg der USA 2018 unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump haben deutliche Nebenwirkungen gezeigt. Für Israel nämlich waren die Milliarden, die durch das Aufheben der Sanktionen in den Iran flossen, an der Aufrüstung der Terrorgruppen Hisbollah, Hamas und Islamischer Dschihad zu spüren. Die iranische Bevölkerung hingegen hat von den Erleichterungen weniger mitbekommen – und teils heftig dagegen demonstriert. Die regionale Expansion der Islamischen Republik mit ihrem Revolutionsexport kommt in den Atomabkommen nicht vor. Seine Vernichtungsambitionen gegen Israel werden ebenso ausgeklammert wie seine militärische Einflussnahme in Syrien, dem Irak, dem Jemen und anderen Ländern. Ebenfalls unberührt bleibt Irans ballistisches Raketenprogramm, das einigen israelischen Militärs mehr Sorgen bereitet als die Urananreicherung. Erst kürzlich hat der Iran bei einer Militärparade in Teheran eine neue ballistische Rakete mit abnehmbarem Sprengkopf vorgestellt. Sie habe eine Reichweite von 1.400 Kilometern – damit könnte sie bis nach Europa gelangen.

Alle diese unzureichenden Punkte müssten bei einer Neuauflage des Atomabkommens berücksichtigt werden. Das ist aber ausgeschlossen. In seiner Verhandlungsposition, die heute sehr viel besser ist als 2015, hat es der Iran nicht nötig, einen „schlechteren“ Deal zu akzeptieren. Vielmehr nutzt er diese Position, um weitergehende Bedingungen zu stellen: Die Revolutionsgarden sollen von der US-Terrorliste gestrichen werden, der Handel mit Russland soll nicht durch Sanktionen beeinträchtigt werden, die USA sollen garantieren, die Verträge nicht noch einmal zu brechen. Außerdem entrüstet sich der Iran darüber, dass die Atomenergiebehörde Untersuchungen in Gebieten durchführte, die nicht als Teil des iranischen Atomprogramms deklariert worden waren. Das war nicht Teil des Deals! Im neuen Deal müsse die Behörde versichern, dass so ein Eingriff in die militärische Privatsphäre nicht wieder vorkommt. Dabei haben die Proben Spuren von Uran gezeigt, wo keine hätten sein dürfen – also einen klaren Vertragsbruch seitens des Irans. Seit Jahrzehnten leisten sich die

USA und Europa einen diplomatischen Eiertanz mit dem Iran. Jede rote Linie, die dem Iran missfiel, wurde durchlöchert oder fallengelassen. Sonst wäre beispielsweise eine Beschränkung des iranischen Raketenprogramms Teil des ersten Deals geworden. Der Iran wünscht von den USA Garantien, den Vertrag nicht wieder zu verletzen. Die US-Regierung könnte kontern, dass es der Iran war, der sich nicht an die Abmachungen hielt, und in geheimen Anlagen weiter auf seinen „Breakout“ hinarbeitete. Sie könnte sagen, dass man einem Regime, an dessen Spitze international gesuchte Massenmörder stehen, nicht Garantien statt Rechenschaftsforderungen geben kann. Aber nein, sie entschuldigt sich fast dafür, dass sie leider für die Entscheidungen zukünftiger Regierungen nicht garantieren kann. Zu traurig. Vielleicht findet sich dann ein anderer Weg, den Iran zufriedenzustellen. Immerhin bekam der als „Schlächter von Teheran“ berüchtigte iranische Präsident Ebrahim Raisi trotz persönlichem Embargo ein Sondervisum, um in New York bei der UN-Generalversammlung vor aller Welt seine Sicht der Dinge zum Besten zu geben.

Der Iran bemühe sich „intensiv und kontinuierlich“ um eine gerechte Weltordnung, sagte Raisi. Dazu gehöre auch die „Eindämmung des in den USA entstandenen Terrorismus“. Eine herausragende Rolle hierbei habe der „Märtyrer“ (beziehungsweise Top-Terrorist) Kassem Soleimani gespielt. Die Aufklärung seines Todes, eines „Verbrechens, das der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten gestanden hat“, sei ein „Dienst an der Menschheit“. In Raisis Vorstellung einer „gerechten Weltordnung“ würde außerdem ein Staat „Palästina“ „von den Bergen bis zum Meer“ das „zionistische Regime“ ersetzen. Der Iran indes habe nie nach Atomwaffen gestrebt. Krieg sei keine Lösung für Konflikte.

Glaubenskonstrukte

Viele Menschen würden das nur zu gern glauben. Politiker und Medienschaffende schauen immer noch auf den durchaus kritikwürdigen Ex-US-Präsidenten Donald Trump in der Überzeugung, dass er unmöglich das eine oder andere richtig gemacht haben könnte. „Trump = Fehlentscheidung“ lautet die Devise, nach der alle seine politischen Entscheidungen beurteilt werden. Manch andere klammern sich an eine Anti-Atombomben-Fatwa, ein religiöses Rechtsgutachten von Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei persönlich, das es aber tatsächlich nie gegeben hat. Wer heute Raisi abkauft, dass sein Land die militärische Nutzung von Uran und Plutonium für sich ausschließt, kann gleich Vorschläge liefern, wie der Iran seine auf 60 Prozent angereicherten Uranvorräte friedlich nutzen könnte. Diese Möglichkeit gibt es nämlich bislang nicht. Der Iran führt den Westen immer noch am Nasenring durch die Manege.

Interessanterweise waren viele Fachleute, die sich anfangs gegen den Deal aussprachen, genauso vehement gegen den Ausstieg. Denn der Deal bedeutete letztlich einen atomar gerüsteten Iran, nur etwas zeitverzögert. Der Ausstieg hingegen bedeutet das gleiche, nur deutlich früher. Und ein neuer Deal? Der bedeutet Stand heute ein uneingeschränktes iranisches Atomprogramm ab 2031. Die wenigen Jahre bis dahin würden das Regime reicher und mächtiger machen. Das Ergebnis wäre eine Katastrophe für die gesamte Region. Zu all diesen Szenarien, an deren Ende ein atomar gerüsteter Gottesstaat stünde, gibt es nur eine einzige realistische Alternative: Den Fall des Regimes. |

JUBILÄUMS-KALENDER

Der Staat Israel feiert 2023 sein 75-jähriges Bestehen!



Der Israelnetz-Kalender für 2023 bietet Ihnen hierzu Einblicke in die Geschichte des jüdischen Staates. Das praktische Kalendarium enthält neben den christlichen und gesetzlichen Feiertagen auch die jüdischen Festtage mit einer kurzen Erklärung.



Jetzt für **9,90€***
bestellen!* zzgl. Versand

👉 shop.israelnetz.com